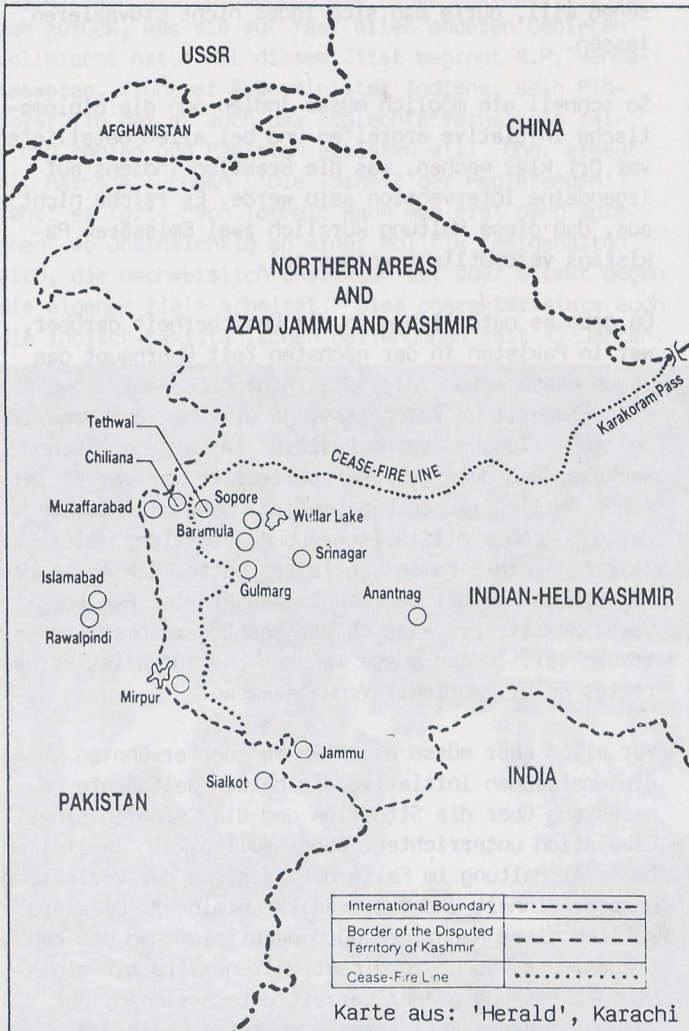


# "Qualitative Veränderung"

## - Stellungnahme der pakistanischen Botschaft -

"Selbst wenn Indien in der Lage wäre, den Aufstand in Kashmir niederzuschlagen, bedeutete dies nur einen Aufschub. Denn in Kashmir ist eine qualitative Veränderung der Lage eingetreten", heißt es in einer Erklärung der Botschaft Pakistans in Bonn, die dem Südasiensbüro zur Veröffentlichung zugeleitet wurde.



- das Gebiet wird seit der Absetzung der Regierung Farooq Abdullah durch die indische Zentralregierung von Neu Delhi aus regiert (Governors Rule);
- der indischen Armee wurde befohlen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und zu sichern;
- über alle großen Städten - Srinagar eingeschlossen - wurde die Ausgangssperre verhängt;
- indische Truppen führten flächendeckend Hausdurchsuchungen durch und verhafteten hunderte von Freiheitskämpfern und ihre Unterstützer;
- die Bevölkerung mißachtet die Ausgangssperre; Hunderte sind in blutigen Auseinandersetzungen mit regierungsstreuen Kräften umgekommen;
- Regierungsangestellte sind dem Aufruf der Führung des Widerstands nachgekommen, sich mit der Freiheitsbewegung zu solidarisieren und zu streiken;
- die Zentralregierung in Neu Delhi verhängte eine Nachrichtensperre und wies ausländische Korrespondenten aus Srinagar aus.

2. In der Frage des Rechts auf Selbstbestimmung der Menschen im Unionsstaat Jammu und Kashmir liegt das Herzstück des Konflikts begründet. Der besondere Charakter dieser Auseinandersetzung wird durch die Tatsache untermauert, daß das Recht auf Selbstbestimmung in Indien wie auch in Pakistan gleichermaßen anerkannt wird. In freiwillig unterzeichneten UN-Resolutionen haben beide Staaten versichert, die Bevölkerung Jammu und Kashmirs in einer freien, fairen und unparteiischen Volksabstimmung (Plebizit) unter Aufsicht der Vereinten Nationen darüber entscheiden zu lassen, ob sie sich zu Indien oder Pakistan bekennen.

3. Kashmir ist kein nationaler Bestandteil Indiens und ist nie als solcher von der internationalen Gemeinschaft anerkannt worden. So stellt sich Indiens beharrliches und gewaltsames Festhalten an Kashmir und damit der Bruch mit UN-Resolutionen als eine der schwerwiegendsten Herausforderungen der Vereinten Nationen dar. Dieses Beharren stellt eine fortwährende und massive Verletzung der Menschenrechte dar. Nicht nur aus moralischer und rechtlicher Überzeugung, sondern auch aufgrund der historischen, religiösen und kulturellen Verwandtschaft der Kashmiris mit den Menschen Pakistans unterstützt Pakistan ihren Kampf gegen die indischen Besatzer.

1. Die Unruhen im indisch-besetzten Kashmir (IHK) haben in den vergangenen Wochen einen fast anarchischen Zustand heraufbeschworen. Seit Indien 1947 das Kashmirtal annektierte, ist es zu keinem derartigen Ausbruch an Gewalt mehr gekommen.

Im November 1989 wurden die indischen Parlamentswahlen von der Bevölkerung in Kashmir boykottiert, nur etwa 5 % aller Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben. Die Nationalflaggen Pakistans und der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) werden im ganzen Tal bei jeder wichtigen Gelegenheit gehißt. Verlautbarungen der kashmirischen Freiheitskämpfer zirkulieren fast im gesamten Tal ungehindert. Die Freiheitsbewegung scheint beispiellos und unberechenbar. Sie verfügt über eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Ihr Einfluß hat praktisch zum Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung geführt. Die aktuelle Situation in IHK läßt sich wie folgt darstellen:

4. Im Simla Abkommen von 1972 anerkannt, daß Kashmir ein bilaterales Problem zwischen Indien und Pakistan darstellt. Dieses Problem gelte es, zu lösen. Indien stimmte auch zu, daß eine abschließende, gültige Regelung des Jammu und Kashmir Konfliktes entscheidend für dauerhaften Frieden und umfassende Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten sei.

5. Pakistan kann (und wird) die brutale Unterdrückung des kashmirischen Volkes nicht dulden. Die internationale Gemeinschaft darf nicht weiter zulassen, daß Indien seine Unterjochung der Bevölkerung im besetzten Kashmir durch Zwangsherrschaft, Repressalien und Einschüchterungen fortsetzt. Die internationale Gemeinschaft muß hingegen gegen die unglaubliche Verletzung der Menschenrechte und der von Indien begangenen Schrecken in Kashmir ihre Stimme erheben. Sie muß die sich verschlechternde Lage im indisch besetzten Kashmir (endlich) zur Kenntnis nehmen und Indien dazu auffordern, den eingeschlagenen Weg von Zerstörung und Tod zu beenden. Schließlich sollten Demokratie und Selbstbestimmung - für die derzeit die Menschen in vielen Teilen der Welt kämpfen - den Kashmirias nicht vorenthalten werden.

6. Bei Amtsantritt hatte die neue indische Regierung unter V.P. Singh eine Politik der Annäherung durch Verständnis und Dialogbereitschaft hinsichtlich einer Lösung der Kashmir-Frage angekündigt. Doch haben spätere Ereignisse ein solches Vorhaben Lügen gestraft. Repressive Maßnahmen wurden hingegen intensiviert, gefolgt von der Auflösung der Regierung des Bundesstaates Jammu und Kashmir, dem Inkrafttreten der 'Governors Rule'-Bestimmungen und der Entsendung der

Armee zur Verstärkung paramilitärischer Kräfte. Die Repression wurde so massiv, daß selbst Polizeiangehörige streikten. Die indische Zentralregierung brüskierte sich über objektive Darstellungen ausländischer Korrespondenten und verwies sie des Landes; die Berichterstattung aus dem indisch besetzten Kashmir wurden daraufhin verboten.

7. Bestätigt durch einige bedeutende indische Staatsangehörige scheint es offensichtlich, daß die indische Regierung finstere Pläne im Kampf gegen den kashmirischen Aufstand verfolgt. Die (angelaufene) erste Phase ihrer Strategie sieht die Eliminierung aller wichtigen kashmirischen Aktivisten durch Exekution oder Haft vor. Nach dem Auslösen der Aktivisten steht in einer zweiten Phase die Beruhigung der aktiven Bevölkerungsteile und gemäßigerer "Elemente" durch ökonomische Anreize im Zentrum dieser Strategie. In diesem Stadium werden auch bestimmte populistische sozioökonomische Maßnahmen ins Auge gefaßt.

8. Die Zentralregierung in Delhi vertraut auf den Erfolg dieser Maßnahmen und darauf, daß der Rest der Welt wegschaut. Das einzige Problem in diesen Überlegungen würde Pakistan darstellen. Indien sorgt sich darüber, daß Pakistan den Kashmiris materiell unter die Arme greifen könnte. So wurde geschickt das Schreckgespenst an die Wand gemalt, Pakistan versorge die kashmirischen Aktivisten mit Ausbildungsmöglichkeiten, Waffen und Zuschlupforten. Indien befürchtet auch, Pakistan könne das Problem erneut vor die Vereinten Nationen bringen. Um jegliche diplomatische Offensive Pakistans zu verhindern, hat Indien die Möglichkeit eines Krieges erwogen. Die Inder sind



sich allerdings darüber bewußt, daß die internationale Gemeinschaft zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als einen regionalen Krieg will, und so versuchen sie, Druck auf Pakistan auszuüben, den Konflikt nicht zu verschärfen.

9. Die indische Regierung beschwört auch den Dämon des islamischen Fundamentalismus in Kashmir. Dies, so ist man sich sicher, wird im Westen seine Wirkung zeigen. Sie reden vom aufgehenden (Halb-)Mond des islamischen Fundamentalismus von Azerbaidschan bis Kashmir und vergessen auch den Iran und Afghanistan nicht. Dieser Fundamentalismus werde dazu genutzt, die Golfstaaten, den nahen Osten und Indien zu destabilisieren. Dies ist ein bewußter Propagandafeldzug, der dazu dienen soll, den Westen daran zu hindern, für die Unterstützung des gerechten Kampfes des kashmirischen Volkes für Selbstbestimmung die erforderlichen Schritte einzuleiten.

10. Selbst wenn Indien in der Lage wäre, den Aufstand in Kashmir niederzuschlagen, bedeutete dies nur einen Aufschub. Denn in Kashmir ist eine qualitative Veränderung der Lage eingetreten. Die Bevölkerung hat dem politischen Prozeß im Lande eine Absage erteilt: Optimistische Schätzungen sprechen von einer Wählerbeteiligung von 5 % bei den letzten Parlamentswahlen. Unsere eigenen Schätzungen liegen noch darunter, und zwar bei etwa 3 %. Dies hat den indischen Mythos, die Kashmiris bekräftigten durch ihre Teilnahme an den Wahlen ihren Wunsch, zu Indien zu gehören, wie eine Seifenblase zerplatzen lassen. Die massive Ablehnung des politischen Prozesses ist so stark, daß die Zentralregierung mit der Auflösung des Bundesstaatenparlaments und der Einführung der 'Governors Rule' antwortete.

11. Zu diesem Zeitpunkt ist es besonders wichtig, daß die internationale Gemeinschaft ihre tiefe Besorgnis über die derzeitigen politischen Verhältnisse im besetzten Kashmir äußert und Indien in seine Schranken verweist. Die indische Sichtweise, daß jegliches Zugeständnis an die kashmirischen Moslems einen Gegenschlag gegen muslimische Minoritäten in anderen Teilen des indischen Subkontinents provozieren könnte, ist bloße Erpressung. Die muslimische Minderheit in Indien hatte immer unter den Gewalttaten fanatischer Hindus zu leiden und hat dabei immer den Kürzeren gezogen.

12. Die internationale Gemeinschaft muß Indien davon abbringen, die Politik der Massaker fortzusetzen. Sie sollte das fundamentale Recht auf Selbstbestimmung des kashmirischen Volkes anerkennen und unterstützen.

(Übersetzung: Frank Gwildis)

## INTERVIEW

**"Es gibt keine militärische Lösung für das Kashmirproblem", betont der Vorsitzende der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF), Amanullah Khan, in einem Interview mit der in Karachi erscheinenden Zeitschrift 'Herald' (Februar 1990). Das Interview wurde von Christine Gieraths übersetzt.**

**Ihre Organisation möchte ein unabhängiges und souveränes Kashmir, obwohl der Eindruck vorherrscht, daß die Bevölkerungsmehrheit des Gebietes den Anschluß an Pakistan wünscht.**

Bis in die jüngste Vergangenheit waren die Leute, die einen Anschluß an Pakistan wollten, sicherlich eine große Mehrheit. Aber in den vergangenen letzten Monaten hat eine echte, politische Revolution in dem besetzten Gebiet stattgefunden, und es ist vollkommen klar geworden, daß die Bewegung für Unabhängigkeit sich rasch ausweitet.

**Was wird in einer solchen Situation aus der 'Kashmir Liberation Alliance' und wie wollen Sie mit anderen Gruppen weiterarbeiten, insbesondere mit solchen, die von Leuten wie Sardar Qayyum, dem Präsidenten von 'Azad Kashmir' (dem freien Kashmir), die den Anschluß Kashmirs an Pakistan wollen?**

Die Allianz stützt sich auf sechs Punkte. Einer dieser Punkte ist, daß die Kashmiris das Recht erhalten sollten zu wählen, ob sie Indien oder Pakistan beitreten wollen oder ob sie unabhängig werden wollen und souverän. Ein anderer Aspekt, bei dem wir übereinstimmen, ist, daß wir die Teilung des Staates nicht zulassen werden. Die übrigen Punkte haben mit Themen zu tun wie dem, daß die Kashmirfrage nicht als Eigentumsrecht an einem Gebiet sondern als Frage der Selbstbestimmung für 12 Millionen Menschen aufgefaßt wird; daß der gegenwärtige Kampf im besetzten Gebiet mit allen Mitteln unterstützt wird; daß versucht wird zu verhindern, daß die Inder versuchen, die muslimische Mehrheit im Staat zu einer Minderheit zu machen. Der letzte Punkt ist, daß Gilgit und Baltistan als Teile eines Staates Kashmir gesehen werden sollten und daß eine Veränderung des verfassungsmäßigen Status des Gebietes von uns nicht hingenommen werden wird.

**Ihre Befreiungsbewegung ist grundsätzlich eine Nationalbewegung Kashmirs gewesen, aber es ist nichts über nicht-muslimische Kashmiris bekannt, die eine Abspaltung von Indien unterstützen. Wird Ihre Bewegung von muslimischen und Hindu-Kashmiris getragen?**

Bis vor kurzem waren sehr wenige nicht-muslimische Kashmiris in der Bewegung. Der Grund dafür war, daß die Hindus auf Ausrufe muslimischer Kashmiris 'Hoch lebe Pakistan' mit 'Hoch lebe Hindustan' antworten mußten. Und wenn die pakistanische Flagge geißt wurde, hißten die Hindus natürlich die indische Flagge. Aber seit unsere Bewegung den Anfang genommen hat, haben auch viele nicht-muslimische Kashmiris angefangen, sich dem Kampf anzuschließen.